

Geschichte verpflichtet

Die Stadt Nürnberg arbeitet intensiv daran, ihrer Bedeutung als deutscher und internationaler Ort der Zeitgeschichte gerecht zu werden. Der Erhalt der Bauten am Zeppelfeld, der Ausbau des Dokumentationszentrums Reichsparteitagsgelände und des Memoriums Nürnberger Prozesse sind dafür sichtbare Zeichen. Dabei sind auch Bund und Land gefordert.

„Nürnberg ist wichtig. Es gibt keinen vergleichbaren Ort der Erinnerung“, stellte der renommierte Professor für internationales Recht Philippe Sands (University College London) bei einer Informationsveranstaltung der Stadt Nürnberg in der bayerischen Landesvertretung in Berlin am 23. März 2017 fest. Vor über 200 Gästen – unter ihnen zahlreiche Bundestagsabgeordnete, Vertreterinnen und Vertreter

von Ministerien, Wissenschaftler und Hauptstadtjournalisten – warben Oberbürgermeister Ulrich Maly und Kulturreferentin Julia Lehner bei Bund und Land nachdrücklich um finanzielle Unterstützung für die verschiedenen städtischen Vorhaben, um in Nürnberg eine zukunftsgerichtete Erinnerungskultur auch für die kommenden Generationen gewährleisten zu können.



Besucherguppe bei einem Informationstag am Zeppelfeld vor der Haupttribüne.
Foto: Christine Dierenbach

Unverzichtbar ist aus Sicht der Stadt Nürnberg der Erhalt der Bauwerke am Zeppelfeld. 73 Millionen Euro wird die über zwölf Jahre geplante Instandsetzung nach Berechnungen des städtischen Hochbauamts und externer Experten kosten. Der Marburger Geschichtspräsident Eckart Conze unterstrich vor dem Berliner Publikum den außerordentlichen Stellenwert der Nürnberger NS-Bauten: „Das Reichsparteitagsgelände verweist auf beide Gruppen, auf die Täter und in gewisser Weise auf die Opfer. Nürnberg war ein Ort der Mitläufer und vielfachen Mittäter. Nürnberg steht auch für Geschichte, die an anderen Stellen nicht sichtbar ist, etwa auch die Inszenierung der Volksgemeinschaft.“ Nürnberg sei mit der komplexen Wirkungsgeschichte nach 1945 „wie kein zweiter Ort“ zu betrachten.

„Vielleicht ist Nürnberg prototypisch für die Erinnerungskultur in Deutschland. Die Vergangenheit verpflichtet uns. Wir dokumentieren, informieren und konfrontieren. Dabei werden wir nie fertig sein mit der Auseinandersetzung mit der NS-Zeit“, erklärte OB Maly. Dass Nürnberg die 73 Millionen Euro nicht allein schultern kann, steht außer Frage. Grundsätzlich hat die Bundesregierung eine Förderung bereits im Koalitionsvertrag von 2013 anerkannt. Nun geht es in konkrete Verhandlungen. Bayerns Finanzminister Markus Söder hat bei der Berliner Veranstaltung bereits ein Signal gesetzt. Ein Verfallenlassen kommt auch für ihn nicht in Frage. Und: „Der Freistaat bekennt sich zu seiner Verantwortung.“ Wenn der Bund zwei Euro gibt, ist das Land auch mit einem Euro dabei, so sein Vorschlag.

Finanziell gesichert ist inzwischen die deutliche Erweiterung des Dokumentationszentrums Reichsparteitagsgelände. Anfang März 2017 hat der Bund eine Förderung in Höhe von sieben Millionen Euro aus Mitteln des Programms „Nationale Projekte des Städtebaus 2017“ zugesagt. Mit rund vier Millionen Euro, die der Freistaat in Aussicht gestellt hat, kann das etwa 15,3 Millionen Euro teure Projekt in Angriff genommen werden. Die Bauarbeiten sollen 2019 beginnen und Ende 2022 abgeschlossen sein. Neben der Erweiterung der Ausstellung sind unter anderem ein neuer Vortragssaal, ein Projektraum, ein Lernlabor, eine Bibliothek sowie Räume für Verwaltung und Depot vorgesehen.

Am 4. November 2001 wurde das Dokuzentrum in der unvollendet gebliebenen NS-Kongresshalle eröffnet. Mit jährlich rund 250 000 Gästen aus aller

Welt zählt die Einrichtung zu den besucherstärksten und attraktivsten historischen Lernorten.

Wie stark das ehemalige Reichsparteitagsgelände im Fokus nationaler und internationaler Besucherinnen und Besucher steht, hat auch eine wissenschaftliche Untersuchung der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg gezeigt, die das Kulturreferat der Stadt in Auftrag gegeben hatte. An drei ausgewählten Tagen zwischen Mai und Juli 2016, an denen keine anderen Sport- oder Großereignisse die Besucherzahlen beeinflussen konnten, zählten die Forscher an fünf Standorten auf dem Gelände insgesamt fast 17 000 Personen, die individuell unterwegs waren und das Geländeinformationssystem nutzten. 663 Personen waren zu einer Befragung bereit. 48 Prozent von ihnen nannten als Grund für ihren Besuch „historisch-politisches Interesse“. Nahezu die Hälfte aller Besucher wollte „die Größe des Reichsparteitagsgeländes erfassen“.

Viele Befragte, die auch im Dokumentationszentrum waren, sahen durch ihren Rundgang einen deutlichen Mehrwert. Den Besuch allein des Dokuzentrums ohne das Gelände hielt nur ein Drittel der Befragten für sinnvoll. Mehr als 70 Prozent gaben an, durch die Begehung des ehemaligen Reichsparteitagsgeländes zusätzliche Erkenntnisse zur Geschichte des Geländes gewonnen zu haben.

An den drei Befragungstagen kamen die Interessierten aus 28 nicht-deutschen Ländern. Die USA waren am stärksten vertreten, gefolgt von Großbritannien. „Geschichtsunterricht“ oder „eigenes Interesse“ hätten sie motiviert. Nur 14 Prozent hatten über touristische Informationen davon erfahren. Für die Untersuchung wurden auch die Zahlen der verschiedenen Anbieter für geführte Programme abgefragt. Danach nahmen allein im Jahr 2015 insgesamt 237 170 Personen solche Angebote wahr.

Ab 2019 kann auch das Memorium Nürnberger Prozesse erweitert werden. Dann steht der Schwurgerichtssaal 600 dauerhaft für eine museale Nutzung zur Verfügung, weil die Justiz das Ostgebäude des Justizpalasts komplett räumt. Dies bietet auch zusätzlichen Platz für die Internationale Akademie Nürnberger Prinzipien. Nürnberg schaffe mit seinen verschiedenen zeithistorischen Orten Verbindungen „zwischen Vergangenheit und Gegenwart“, stellte Sands fest. Es handle sich um Orte der Erinnerung, aber auch „unserer Verantwortung“. ■